



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Entschlossene Kita-Reform statt eines Wahlkampfs in Kitas mit Alpaka-Bildern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode eine umfassende Kita-Reform auf den Weg zu bringen. Nach langjährigen Beratungen im Bündnis für frühkindliche Bildung und weiteren Arbeitsgruppen liegen viele Vorschläge auf dem Tisch.

Weitere Gesprächsrunden im Vorfeld sind überflüssig und würden die dringend notwendige Reform weiter hinauszögern. Es ist zügig ein strukturiertes Beteiligungsverfahren zum Gesetzesvorhaben zu starten, bei dem vor allem die bisher nicht in den Arbeitsgruppen beteiligten Stakeholder angehört werden, wie beispielsweise Eltern oder die Kindertagespflege.

Bei der umfassenden Kita-Reform sollen vor allem folgende Punkte Berücksichtigung finden:

Finanzierung

- Überführung von Förderprogrammen im Bereich der frühkindlichen Bildung in den Basiswert
- Anpassung des Basiswerts, damit dieser eine auskömmliche Finanzierung der Kitas ermöglicht und zugleich auch die Anstellung von Hauswirtschafts- oder Verwaltungskräften ermöglicht

Verbesserung der Personalsituation

- Einführung einer Fachkraftbedarfsanalyse nach dem Vorbild der „Bayerischen Lehrbedarfsprognose“
- Einführung einer Ausbildungsvergütung in allen Modellen der Erzieher- und Kinderpflegeausbildungen sowie eine klare Refinanzierung der Vergütung. Zudem sollen auch weitere Kosten refinanziert werden, die im Rahmen der Ausbildung entstehen, wie beispielsweise Praxisanleitung, Tätigkeit von Ausbilderinnen und Ausbildern usw.
- Erstellung eines Konzepts für ein duales Studium in frühkindlicher Pädagogik, das zur Tätigkeit als pädagogische Fachkraft befähigt
- Verbesserung der Möglichkeiten zum Einsatz von multiprofessionellen Teams
- Beschleunigung der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, sowie eine realistischere Einstufung der ausländischen Abschlüsse
- Gezielte Anwerbeaktion für Ausbildungsinteressenten und -interessentinnen im Ausland. Neben der Anwerbung soll auch ein Konzept zu Sprachkursen im Herkunftsland, sowie zu einer engen Betreuung bei der Integration in Bayern erarbeitet werden (beispielsweise in Form von ehrenamtlichen Lotsen)

- Gezielte Anwerbeaktionen in Deutschland für die modulare und berufsbegleitende Weiterbildung zum Quereinstieg in den Kitas
- Schaffung einer refinanzierten Möglichkeit für die Kommunen zur Einführung von Springer-Pools zur Abdeckung von Engpässen

Qualitätsverbesserung

- Verbesserung des Anstellungsschlüssels sowie Weiterentwicklung zu einem kindgerechten Fachkraft-Kind-Schlüssel
- Verankerung der Fachberatung, sowie der Pädagogischen Qualitätsbegleitung (PQB) im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG)
- Schaffung der Förderfähigkeit von 24-Stunden-Flexi-Kitas in Eigenverantwortung des Trägers
- Erarbeitung eines Konzepts für die Einführung von bilingualen Kitas, vor allem so, dass auch bisher einsprachig aufwachsende Kinder von diesem Angebot verstärkt profitieren können
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kitas, beispielsweise durch die Bestimmung von maximalen Gruppengrößen, Verbesserungen beim Schallschutz oder Freistellungen für Verwaltungsaufgaben
- Einführung einer Potenzialanalyse im Alter von 4 Jahren zur frühzeitigen Erkennung von etwaigen Begabungen und Förderbedarfen, gefolgt von einer gezielten individuellen Förderung
- Einführung einer Landeselternvertretung für Eltern von Kita-Kindern

Begründung

Tagtäglich werden Medienberichte über Kitas veröffentlicht, die aufgrund des erheblichen Personalmangels entweder die Öffnungszeiten einschränken oder ganze Gruppen schließen müssen. Eltern müssen teilweise während des laufenden Kita-Jahres sehr kurzfristig neue Kita-Plätze suchen. Die Bertelsmann-Stiftung spricht in ihrem Ländermonitor in Abhängigkeit vom Szenario und Berechnungsmodell von bis zu 45 600 fehlenden Fachkräften bis 2030 in bayerischen Kitas. Weitere über 20 000 Fachkräfte werden nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung im Bereich der Betreuung von Grundschulkindern fehlen. Konkreter sind die Zahlen aus den einzelnen bayerischen Kommunen. In Rosenheim musste eine Gruppe mit elf Kindern aufgelöst werden. Die Stadt Würzburg geht davon aus, dass bis zum Jahr 2025 aufgrund des Fachkräftemangels etwa 400 pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte fehlen werden. In der Stadt Augsburg fehlen so viele Erzieher, dass zurzeit rund 1 400 mögliche Kindergartenplätze wegfallen. In Kempten haben einige der 41 Einrichtungen ihre Öffnungszeiten reduziert, weil nicht genügend Personal gefunden werden konnte. Eine Kita im oberbayerischen Schaftlach musste kurzfristig zehn Familien kündigen, die schon im April einen Betreuungsvertrag für die Krippe unterschrieben hatten. Schuld ist der Mangel an Erzieherinnen. In Ingolstadt sind allein in den städtischen Einrichtungen derzeit 27 Planstellen für Fachkräfte sowie 17 Stellen für Ergänzungskräfte unbesetzt. Dies hat zur Folge, dass im kommenden Kindergartenjahr wohl rund 200 Betreuungsplätze nicht vergeben werden können. In München sind bei der Stadt als größtem Träger derzeit sogar fast 450 Stellen frei – etwa 13 Prozent bei den Erziehern und fünf Prozent bei Ergänzungskräften. Der Gewerkschaft Verdi zufolge stehen circa 200 Kita-Gruppen in der Stadt wegen des Fachkräftemangels sogar kurz vor der Schließung. Die Liste der aktuellen Probleme in den Kitas vor Ort lässt sich weiter fortführen. Die Staatsregierung scheint jedoch nicht an einer Lösung interessiert zu sein. Statt einer entschlossenen Lösung der Kita-Krise unternehmen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf und teilweise auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder öffentlichkeitswirksame Besuche in Kitas. Statt Lösungen gibt es schöne Bilder mit Kindern und Alpakas. Die Lösungen liegen jedoch nach jahrelangen Beratungen in Arbeitsgruppen, wie beispielsweise dem

Bündnis für frühkindliche Bildung, auf dem Tisch. Auch wenn einige wichtige Stakeholder in diesen Arbeitsgruppen fehlen, wurden umfassende Vorschläge erarbeitet. Nun ist es an der Zeit, diese auch umzusetzen. Weitere Gesprächsrunden und Arbeitskreise würden die längst überfällige Kita-Reform nur noch weiter hinauszögern. Die Staatsregierung muss dringend handeln. Beim Gesetzesvorhaben, das noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden sollte, muss jedoch zeitnah ein Beteiligungsverfahren erfolgen, damit die in bisherigen Arbeitsgruppen nicht beteiligten Akteure auch die Möglichkeit erhalten, sich zu äußern. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit. Daher muss sich die Staatsregierung anstrengen, diesen Anspruch zu erfüllen. Es darf nicht passieren, dass Kitas aufgrund des Fachkräftemangels zu reinen Betreuungseinrichtungen werden.